

Grundsatzprogramm der Hamburger CDU

verabschiedet auf dem Landesausschuss am 15. November 2022

| | Inhalt | Seite |
|-----------|--|-------|
| 1 | Präambel | 2 |
| 2 | Unsere Grundwerte und unser Selbstverständnis | 3 |
| 3 | Hamburg – eine wirtschaftlich dynamische, nachhaltige und wissenschaftsbasierte Metropole | 7 |
| 3.1 | Wirtschaft | 7 |
| 3.2 | Ökologische Nachhaltigkeit | 10 |
| 3.3 | Wissenschaft und Forschung | 11 |
| 4. | Hamburg – eine sichere Metropole und Heimathafen für Menschen aus aller Welt | 14 |
| 4.1 | Innere Sicherheit | 14 |
| 4.2 | Zuwanderung und Integration | 16 |
| 5. | Hamburg – eine Wohn- und Verkehrsmetropole mit Qualität | 18 |
| 5.1 | Stadtentwicklung und Wohnen | 18 |
| 5.2 | Mobilität und Infrastruktur | 20 |
| 6. | Hamburg – eine Bildungs- und Familienmetropole, die auf sozialen Ausgleich setzt | 23 |
| 6.1 | Gesellschaftliche Solidarität | 23 |
| 6.2 | Bildung | 24 |
| 6.3 | Familie | 25 |
| 6.4 | Gesundheit | 26 |
| 7. | Hamburg – eine digitale, moderne und finanziell nachhaltige Metropole | 28 |
| 7.1 | Digitalisierung | 28 |
| 7.2 | Solide Finanzen für Hamburg | 28 |
| 7.3 | Kultur | 30 |
| 7.4 | Moderner Staat, moderne Stadt | 31 |

1. Präambel

Hamburg ist eine bürgerliche Stadt. Die hanseatischen Werte und Tugenden sind auch die Werte und Tugenden der Hamburger CDU. Wir setzen uns mit Leidenschaft und Optimismus jeden Tag für die – nach unserem Empfinden – schönste Stadt der Welt ein.

Hamburg ist eine weltoffene Stadt mit einer langen Tradition als Hafen- und Handelsstandort. Wir verstehen uns als das Tor zur Welt und sind von Herzen Europäer. Als Wirtschafts- und Handelsstadt verbindet uns der gegenseitige Austausch seit jeher mit anderen. Auch dadurch ist unsere Heimatstadt heute so vielfältig, abwechslungsreich und lebenswert.

Hamburg hat sich über die Jahrhunderte durch stetigen Wandel, immer neue Ideen und die Tatkraft seiner Bürgerinnen und Bürger permanent neu erfunden und zahlreiche Krisen gemeistert. Nächstenliebe und Solidarität sind wesentliche Werte unserer Stadt. Unsere Politik verfolgt das Ziel, den Menschen in Hamburg ein selbstbestimmtes und glückliches Leben in Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand zu ermöglichen.

Wir verstehen Hamburg als eine moderne Stadt der Chancen und Möglichkeiten: frei, tolerant und zusammenhaltend. Wir setzen uns dafür ein, dass Hamburg sein ganzes Potenzial entfalten kann und das dynamische und kreative Kraftzentrum Norddeutschlands bleibt – mit unserem traditionsreichen Hamburger Hafen als Herzkammer. Er ist sowohl wirtschaftlich als auch als großes verbindendes Identifikationsmerkmal aller Hamburger von besonderer Bedeutung.

Mit dem Konzept der wachsenden Stadt haben wir in unserer Regierungszeit viele wichtige Impulse gesetzt, von denen Hamburg bis heute profitiert und deren Einflüsse im Stadtbild sichtbar sind. Die CDU steht dafür, dass Hamburg eine attraktive, dynamische, pulsierende Metropole ist und bleibt. Wir gestalten ihre Entwicklung mit und sorgen dafür, dass dabei für alle Menschen in unserer Stadt Perspektiven und Chancen entstehen. Wir wollen Hamburg als grüne Stadt am Wasser erhalten.

Als Mitglieder- und Volkspartei geben wir uns dieses Grundsatzprogramm als Fundament für unsere tägliche gemeinsame Arbeit für Hamburg. Nur wer sich seiner eigenen Haltung und seiner eigenen Werte bewusst ist, kann andere überzeugen und begeistern. Wir sind stolz darauf, in dieser großartigen Stadt politisch wirken zu können.

2. Unsere Grundwerte und unser Selbstverständnis

Wir machen Politik im Bewusstsein unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen. Grundlage unserer Politik ist das christliche Menschenbild. Jeden Menschen nehmen wir so an, wie er ist: ein Geschöpf Gottes. Daraus erwachsen die Achtung der Würde aller Menschen in ihrer Gleichwertigkeit und Verschiedenartigkeit, die Achtung von Freiheit und Verantwortung und die Erkenntnis, dass politische Gestaltung Grenzen gesetzt sind, da Menschen fehlbar und unsere Erkenntnisse nicht endgültig sind. Die Einsicht, dass der Mensch immer nur die vorletzte Antwort geben und niemals Gegenstand völliger politischer Verfügung sein kann, bewahrt uns vor Ideologien sowie einem totalitären Politikverständnis und schafft Bereitschaft zur Versöhnung und zum Kompromiss.

Wir streben zur Bewältigung von politischen Herausforderungen nach vernünftigen Lösungen. Der einzelne Mensch als vernunftbegabtes Wesen ist in seiner unveräußerlichen Freiheit und seiner Menschenwürde Ausgangspunkt jeder politischen Überlegung, die auf dem christlichen Menschenbild fußt. Diese Freiheit ist eine Freiheit in Verantwortung. Ein Leben in Freiheit bedingt Rücksichtnahme auf andere. Jede und jeder trägt Verantwortung für das eigene Umfeld und für das Gemeinwesen. Gemeinsame Werte wie Toleranz und Gemeinsinn ermöglichen das freie Leben des Einzelnen in der Gemeinschaft und sind grundlegend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wir sehen es als unsere Aufgabe an, den Wert dieser Freiheit in Verantwortung in einer zunehmend individualisierten Gesellschaft immer wieder neu zu vermitteln, die Freiheit des Einzelnen zu ermöglichen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Dem Einzelnen gerecht zu werden, heißt für uns, dass alle die gleichen Möglichkeiten haben und aus diesen im Rahmen ihrer Befähigung zu eigenverantwortlicher Lebensgestaltung das Beste machen können. Aus der Anerkennung der Gleichwertigkeit und Verschiedenartigkeit des Menschen folgt für uns das Streben danach, dass jeder Einzelne sein volles Potenzial im Leben entfalten kann.

Die soziale Herkunft darf daher nicht über die Zukunft des Einzelnen entscheiden. Aus der Anerkennung der unantastbaren Würde des Menschen folgt die politische Verpflichtung, diese für alle zu gewährleisten. Gerade dort, wo Menschen in der Gesellschaft schwach sind und Unterstützung benötigen, wollen wir helfen. Dazu gehört auch eine aktive Politik zum Abbau von strukturellen Benachteiligungen und Diskriminierung, zur Förderung von Teilhabe und Inklusion, insbesondere von Menschen mit Behinderungen. Darüber hinaus setzen wir uns intensiv für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in allen Politikfeldern ein.

Der Staat ist gefordert, die Rahmenbedingungen einer gerechten Gesellschaft zu setzen. Doch wo der Staat gleiche Ergebnisse für alle erzwingen will, wird er zwangsläufig übergriffig. Denn Chancengerechtigkeit in Anerkennung der Verschiedenartigkeit des Menschen steht im Widerspruch zu Ergebnisgleichheit. Der Staat kann weder Allversorger sein noch ist er stets der beste Problemlöser. Dort, wo in erster Linie gesellschaftliche Institutionen wie Familien, ehrenamtliche Organisationen, Vereine oder andere Hilfe leisten können, gebührt ihnen Vorrang und Unterstützung.

Gemeinsame Werte und Strukturen, wie sie in Familien, Unternehmen, Vereinen und unzähligen weiteren Institutionen täglich gelebt werden, sind das Fundament des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft. Gewachsene gesellschaftliche Strukturen sehen wir daher nicht als Gegensatz zu individueller Freiheit, sondern als Grundlage einer Gesellschaft, in der allen ein freiheitliches Leben in Verantwortung für andere und die Gesellschaft möglich ist.

Die CDU steht zu ihren konservativen, liberalen und christlich-sozialen Wurzeln. Unsere bürgerliche Politik verbindet Individualismus und Gemeinwohlverpflichtung, Weltoffenheit und Heimatverbundenheit, Festhalten an Bewährtem und notwendige Veränderungen. Sie achtet und stärkt staatliche Institutionen und ihre Aufgaben, aber sie überhöht den Staat nicht. Recht und Ordnung sowie eine gesunde Skepsis gegen Übertreibungen des Zeitgeistes zeichnen uns ebenso aus wie die Achtung vor dem Einzelnen in seiner Verantwortung für die Gesellschaft.

Wir sind die Europapartei. Seit Gründung der Bundesrepublik hat die CDU die Einigung Europas als größte politische Erfolgsgeschichte unseres Kontinents vorangetrieben. Kaum eine Stadt hat davon so profitiert wie Hamburg als Handels- und Wirtschaftsstandort. Ein starkes, geeintes und wehrhaftes Europa ist im Interesse von und eine Chance für Hamburg. Wir streben ein geeintes Europa als Wirtschafts-, Kultur-, Friedens- und Wertegemeinschaft an, in dem uns – zusammen mit den transatlantischen Partnern in der NATO – Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verbinden.

Wir setzen auf die Gestaltungskraft der Sozialen Marktwirtschaft. Auf Grundlage dieser Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung werden wir Freiheit, Wohlstand, Beschäftigung und sozialen Ausgleich weiterhin gewährleisten und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen sicherstellen können. Wir sehen dabei Staat, Gesellschaft und Wirtschaft nicht als Gegensätze, sondern als großes Ganzes. Das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft stellt den Menschen in den Mittelpunkt und gründet auf unternehmerischem Handeln, Eigentum, Wettbewerb und dem Leistungsprinzip sowie der Übernahme von persönlicher und sozialer Verantwortung besonders für die Schwächeren in unserer Gesellschaft. Die Sozialpartnerschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Ausgleich der Interessen ohne staatliche Einmischung ist für die soziale

Marktwirtschaft wichtig. Dazu gehört auch ein starker Staat, der nicht selbst wirtschaftlich tätig wird, sondern die Marktregeln für alle setzt und deren Überwachung und Einhaltung garantiert. Staat und Wirtschaft sind kein Selbstzweck, sondern haben eine „dienende Funktion“ gegenüber den Menschen.

Wir glauben an unser Land und die Kraft seiner Menschen. Wir sehen uns in unserer Politik dem ganzen Volk, der Stadt Hamburg und ihrer gesamten Bevölkerung verpflichtet. Deshalb streben wir stets nach einer ganzheitlichen Perspektive. Dies begründet unser Selbstverständnis als Volkspartei mit liberalen, christlich-sozialen und konservativen Wurzeln und unterscheidet uns zugleich von Klientelparteien.

Zunehmende politische Polarisierung, gesellschaftliche Zersplitterung und anwachsenden Populismus nehmen wir mit Sorge wahr. Nicht zuletzt aus unserem historischen Selbstverständnis als Union sehen wir die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts als zentrale Aufgabe unseres politischen Handelns.

Ein rein gruppenbezogenes, identitätspolitisches Politikverständnis, das sich nur entlang vermeintlicher Identitätsmerkmale wie Hautfarbe, Geschlecht oder sexueller Orientierung bewegt, steht unserem Politikverständnis diametral entgegen: Es führt zu einer Aufteilung und letztlich Spaltung unserer Gesellschaft. Dies ist auch die Grundlage unseres entschiedenen Einsatzes gegen jede Form der Diskriminierung. Wir sehen uns als Vorreiter im Kampf gegen Diskriminierung und Ausgrenzung. Die Einsicht, dass jeder Mensch in seiner Würde einzigartig ist und somit niemals bloßes Objekt politischer Interessenzuschreibung sein kann, bewahrt uns vor einem rein gruppenbezogenen Politikverständnis ebenso wie vor völkischem Nationalismus. Die vielfältigen Interessen und Sichtweisen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen erkennen wir an, streben aber im Rahmen unserer demokratischen Grundordnung stets deren Ausgleich an, statt sie gegeneinander auszuspielen.

Nur wer sich der eigenen Kultur bewusst ist, kann anderen Kulturen selbstbewusst in Toleranz und Weltoffenheit begegnen. Kultur ist dabei einem stetigen Wandel unterworfen und prägt das Zusammenleben in der Gesellschaft. Im Bewusstsein der eigenen kulturellen Wurzeln entsteht aus der Auseinandersetzung mit anderen Kulturen Produktives und Neues. Wir denken die Zukunft unserer weltoffenen Stadt im Wissen um Tradition und Heimat. Ein aufgeklärter Patriotismus ist für uns im besten Sinne gemeinschaftsstiftend; er grenzt nicht aus, sondern integriert.

Politische Verantwortung heißt für uns, konkrete Verbesserungen für Hamburg zu erarbeiten und umzusetzen. Die rationale Abwägung steht für uns über dem emotionalen Affekt wie auch dem vermeintlichen Zeitgeist. Ressentiments und Angstmacherei lehnen wir ab.

Die hanseatischen Tugenden Verlässlichkeit und Respekt gelten für uns auch in der Politik. Offene Diskurse innerhalb und außerhalb unserer Partei sind die Grundlage guter Lösungen. Dass sich jeder in den politischen Diskurs gleichberechtigt einbringen kann, ist eine über Jahrhunderte mühsam erkämpfte Errungenschaft unseres demokratischen Rechtsstaates. Die freie Meinungsäußerung muss stets gewährleistet sein und vom Staat geschützt werden.

Unsere Mitglieder sind das Fundament unserer Partei. Als Volkspartei ist es unser Anspruch, durch unsere Mitglieder fest in den gesellschaftlichen Institutionen unserer Stadt verankert zu sein. Aus dieser Verankerung in allen Teilen der Bevölkerung schöpfen wir unsere Kraft, politische Lösungen zu formulieren, die alle Menschen und ihre unterschiedlichen Interessen berücksichtigen und zu einer gemeinwohlorientierten Politik zusammenführen.

3. Hamburg – eine wirtschaftlich dynamische, nachhaltige und wissenschaftsbasierte Metropole

3.1 Wirtschaft

Hamburg lebt seit jeher von seinen vielfältigen Beziehungen zur Welt, von Hafen und Handel, Handwerk, Freiheit und Bürgersinn. Wir stehen zur Sozialen Marktwirtschaft. Sie ist unser wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Leitbild. Freiheit, privates Eigentum, persönliche Verantwortung und das Eingehen unternehmerischer Risiken sind unabdingbare Voraussetzung des heutigen und zukünftigen Wohlstands. Vorausschauende Unternehmer und fleißige Arbeitnehmer haben Hamburg wirtschaftlich erfolgreich gemacht und durch zahlreiche Krisen geführt. Die soziale Marktwirtschaft gewährleistet sowohl den fairen Wettbewerb als auch den Verbraucherschutz. Mit ihr wollen wir auch die Herausforderung von Klimaschutz und Biodiversität als Grundlage der Bewahrung der Schöpfung meistern.

Wir unterstützen Menschen, die kraftvoll und kreativ, risikobereit und offen an Neuem arbeiten. So entstehen immer wieder erfolgreiche Produkte und Geschäftsmodelle und damit neue Arbeitsplätze und Wohlstandsgewinne für die gesamte Gesellschaft. Nur eine Stadt, die eine gut funktionierende Wirtschaft fördert, die sowohl große Unternehmen als auch den Mittelstand im Blick hat, kann dauerhaften Wohlstand schaffen. Erfolgreiche Unternehmen und deren Arbeitsplätze sichern Steuereinnahmen und bilden die Basis für leistungsfähige soziale Sicherungssysteme.

Wohlstand ist das Ergebnis von Kreativität, Leistung und Arbeit. Um langfristig als Großstadt, Metropole und Stadtgesellschaft in Wohlstand leben zu können, muss sich Hamburg dessen bewusst sein und sich stetig weiterentwickeln. Nur so sind wir für die Herausforderungen durch die sich verändernde Weltwirtschaft, neue Handelsbeziehungen und den Klimawandel gewappnet. Den Erhalt unseres Wohlstandes sehen wir als Voraussetzung für die Zukunft unserer öffentlichen Daseinsvorsorge.

Wir wollen Hamburg als internationale Metropole neu definieren. Wir streben eine einheitliche Strategie und eine bessere Koordination der internationalen Aktivitäten der Stadt an. Wir wollen der Marke Hamburg international wieder zu neuem Glanz verhelfen. Dazu gehört auch die Bündelung der zahlreichen Ressourcen und Aktivitäten. Mit fast 100 Konsulaten bietet die Stadt ein hervorragendes internationales Netzwerk, das ansässige Unternehmen als Standortvorteil nutzen können. Viele Unternehmen in Hamburg sind weltweit bedeutend. Nur durch die Einbindung ihrer Interessen und den Ausbau nötiger Kapazitäten und Verkehrswege im Mittelpunkt unserer Außenwirtschafts- und Handelspolitik werden wir Hamburgs nachhaltige Entwicklung stärken

können. Dazu setzen wir auch auf eine starke Vertretung der Hamburger Interessen im Bund und innerhalb der Europäischen Union. Wir wollen die Idee einer nachhaltigen Hamburger Entwicklungspolitik auf Augenhöhe mit unseren Partnerländern und -städten vorantreiben und streben eine verstärkte Zusammenarbeit mit den deutschen entwicklungspolitischen Durchführungsorganisationen wie GIZ oder KfW an. Hamburg steht mit seinen Städtepartnerschaften und den „Hanse-Offices“ ein internationales Netzwerk zur Verfügung, dessen Potenzial wir voll ausschöpfen wollen. Neuen Städtepartnerschaften stehen wir aufgeschlossen gegenüber. In Zeiten globaler Umbrüche und Spannungen muss Hamburg diese Mittel strategischer nutzen und ausweiten, um sich zu einem internationalen Standort für Wirtschaft, Wissenschaft, Technologien der Zukunft und Kultur zu entwickeln.

Wir halten es für falsch, die unternehmerische Freiheit einzuschränken, neue Bürokratie zu schaffen und vorzugeben, auf welchem Wege politische Ziele erreicht werden sollen. Überregulierung und Bevormundung, Langsamkeit und Ängstlichkeit schwächen Wirtschaft und Arbeit. Staat, Politik und Behörden sollen sich darauf beschränken, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen und, wo nötig, Ziele vorzugeben, aber nicht die Wege zu deren Erreichung im Einzelnen zu verordnen. In diesem Sinne muss der Wirtschaftsstandort Hamburg besser werden, um gut zu bleiben. Er muss freier, technologischer und vernetzter werden. Wirtschaftliche Freiheit setzt Kräfte frei, entspricht dem Wesen des Menschen und belohnt seine Mühen.

Der Wohlstand unserer Stadt gründet sich auch auf ein ausgewogenes Miteinander von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Ein gemeinsames Agieren der Sozialpartner auf Augenhöhe ist ein Garant für wirtschaftlichen Erfolg. Wir stehen zur Tarifautonomie und begrüßen faire Tarifverträge: Gute Arbeit muss auch entsprechend entlohnt werden. Wer in Hamburg arbeitet, soll auch in Hamburg leben können.

Die Herausforderungen des Fach- und Arbeitskräftemangels sowie des demografischen Wandels wollen wir gemeinsam mit allen relevanten Akteuren angehen. Neben einer Stärkung der dualen Berufsausbildung und der beruflichen Weiterbildung setzen wir uns für die Anwerbung von Fachkräften und gezielte, qualifizierte Zuwanderung in den Hamburger Arbeitsmarkt ein. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auch auf das Handwerk gelegt werden, das besonders von Nachwuchsmangel bedroht ist.

Wesentliche Pfeiler des Wohlstands in Hamburg müssen wieder gestärkt werden. Das gilt für den Handel, den Hafen, den Flugzeugbau, die Rohstoff-, Energie- und Wasserstoffwirtschaft, den Gesundheitssektor, Dienstleistungen und Medien. Wir bekennen uns ausdrücklich zum Industriestandort Hamburg und zu unserem Hafen als prägendem Teil des Stadtbilds und wesentlichem Faktor für den Wirtschaftsstandort. Wir sehen große Chancen darin, den Hafen mit

der richtigen Infrastruktur- und Flächenpolitik wieder zu stärken und energieintensive Industrien in Hamburg – und damit in relativer Nähe zu den norddeutschen Produktionsstätten von regenerativer Energie – neu anzusiedeln. Deshalb setzen wir uns für eine stabile Energiebasis ein, die die Grundlast trägt und das Fundament für eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung ist.

Wir unterstützen Neugründungen und Start-ups in allen Bereichen. Hamburg ist die Stadt und Metropole des Mittelstands. Nirgends in Deutschland gibt es so viele Familienunternehmen. Handwerk und Industrie sind mitten in der Stadt angesiedelt. Unser politisches Selbstverständnis ist es, sie zu unterstützen und die besten Rahmenbedingungen für Unternehmertum, Neugründung, Innovation und Wertschöpfung in einer modernen Volkswirtschaft zu schaffen. Wir unterstützen das soziale Unternehmertum als Verbindung von wirtschaftlichem Handeln mit sozialem Engagement.

Offene Märkte und freier, regelbasierter Handel bleiben die Lebensgrundlage für unsere Stadt. Massiv verschärfte Konflikte zwischen der freien Welt und totalitären Systemen bedrohen Demokratie und Menschenrechte. Zusätzlich hat die Corona-Pandemie die Verletzlichkeit internationaler Lieferketten auch existenzieller Güter gezeigt. Beide Faktoren dürfen Hamburgs Wirtschaftsbeziehungen nicht unberührt lassen. Aspekte der wirtschaftlichen Unabhängigkeit, Diversifizierung der Handelsbeziehungen bis hin zum Systemwettbewerb müssen auch in wirtschaftspolitischen Strategien Hamburgs stärker berücksichtigt werden. Die Abgabe von oder Beteiligung an systemkritischer Infrastruktur in Hamburg durch totalitäre und autoritäre Staaten oder deren Staatsbetriebe lehnen wir daher grundsätzlich ab. Hamburg braucht gerade in Zeiten sich verändernder Lieferketten eine bessere Vernetzung und Zusammenarbeit in der Metropolregion, den norddeutschen Bundesländern und den Nachbarn in Nord- und Osteuropa. Durch die Fertigstellung der Festen Fehmarnbeltquerung wird sich diese Metropolregion noch vergrößern und die Lage Hamburgs wird als Pforte zu Nordeuropa an Bedeutung gewinnen. Die Chancen, die damit für den Wirtschaftsstandort Hamburg verbunden sind, wollen wir nutzen; ebenso gilt es, die erfolgreiche Wirtschaftspolitik der Union für Hamburg, Wirtschaftsbereiche zu bündeln und gezielt weiterzuentwickeln (Clusterstrategie), fortzuführen. Im Zusammenspiel von Wirtschaft und Wissenschaft wollen wir noch mehr Innovationspotenziale erschließen und Hamburg zur führenden Metropole Nordeuropas entwickeln.

Unser Ziel ist es, alle uns zur Verfügung stehenden Ressourcen verantwortungsvoll und nachhaltig zu nutzen. Gerade in einer so eng vernetzten und dichten Metropole wie Hamburg müssen wir dabei die gesamte Kreislaufwirtschaft und auch das Recycling von Abfall und Rohstoffen betrachten. Energie- und Klimapolitik stehen für uns nicht im Gegensatz zur Wirtschaft – als Union versöhnen wir Ökonomie und Ökologie. Klimaschutz und wirtschaftlicher Fortschritt sind für uns zwei Seiten derselben Medaille. Nur durch die Innovationskraft der Wirtschaft, den technologischen Fortschritt,

die Digitalisierung und die Vielfalt unserer Gesellschaft werden die Herausforderungen des Klimawandels zu meistern sein.

Unserem christlichen Menschenbild folgend, das Arbeit nicht nur als Mittel zur Existenzsicherung, sondern auch als Teil sinnstiftender Selbstverwirklichung und als individuelle Verpflichtung der Gesellschaft gegenüber betrachtet, lehnen wir die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ab. Das Solidarprinzip der sozialen Marktwirtschaft zielt auf Hilfe zur Selbsthilfe, auf die Unterstützung bedürftiger Menschen ab, aber nicht auf die bedingungslose Alimentierung aller. Jeder Bürger ist aufgefordert, für sich und für die Gesellschaft das zu leisten, was er zu leisten vermag. Aus diesem Grund stehen wir auch weiterhin zum Grundprinzip des Förderns und Forderns in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Wir können und wollen angesichts der demografischen Entwicklung und des latenten Fachkräftemangels auf niemanden verzichten.

3.2 Ökologische Nachhaltigkeit

Der Klimawandel stellt unser tägliches Leben, unsere Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft vor enorme Herausforderungen. Der Schutz der Umwelt und die Bewahrung der Schöpfung sind seit jeher elementare Bestandteile unserer Politik. Unser Ziel ist es, den nächsten Generationen eine lebenswerte, grüne Stadt mit hervorragenden Zukunftsperspektiven zu übergeben. Wir betrachten dabei den Ausgleich von Ökologie, Ökonomie und sozialen Fragen unter Wahrung der Freiheit jedes Einzelnen als rahmengebendes Leitbild und wollen so unserem Anspruch der Generationengerechtigkeit und der Fürsorgepflicht dienen. Klima- und Umweltschutz sowie Versorgungs- und Energiesicherheit verstehen wir ganzheitlich. Sie betreffen jeden Lebensbereich heutiger und zukünftiger Generationen. Dabei ist es unser Ziel, klima-, umwelt- und ressourcenschonend zu handeln. Vor diesem Hintergrund stehen wir für einen klima- und umweltpolitischen Kurs, der unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Innovationskraft, der sicheren Versorgung mit Energie, der sozialen Gerechtigkeit und der demografischen Entwicklung gleichzeitig Rechnung trägt. Wir wollen Hamburg als grüne und naturnahe Stadt am Wasser erhalten. Wir wollen ökologische Naturräume innerhalb der Stadt bewahren und schützen.

Um die Herausforderungen des Klimawandels zu bewältigen, stehen wir für Innovations- und Technologieoffenheit und ein aktives Einbeziehen der Forschung, des wissenschaftlichen Diskurses und der Wirtschaft in politische Entscheidungsprozesse. Dabei setzen wir auf Klimateffizienz, bei der Kosten und Nutzen aller Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele wissenschaftlich abgewogen werden, statt auf Ideologie und Symbolpolitik. Dem automatischen Griff zu Verboten erteilen wir eine klare Absage: Markt, wo möglich – Regulierung, wo nötig.

In der Transformation hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft sehen wir ein großes Potenzial für die Schaffung von zukunftsfähigen neuen Arbeitsplätzen für die gesamte Metropolregion. Hamburg

und seine Nachbarn verfügen über hervorragende Fachleute und Netzwerke in den Zukunftsthemen Klimaforschung, CO₂-Speicherung, Kreislaufwirtschaft, Digitalisierung, Luft- und Raumfahrt, Hafenwirtschaft, Gesundheitswirtschaft und vor allem in den Klima- und Energietechnologien, die wir als Wirtschaftsmarkt verstehen.

Umwelt- und Klimapolitik ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Dabei wenden wir uns gegen Bevormundung von oben herab und wollen durch Marktanreize, Zielvorgaben und Entscheidungshilfen den Umwelt- und Klimaschutz gemeinsam mit den Unternehmen und Bürgern vorantreiben. Wir unterstützen Unternehmen durch finanzielle Anreize, Entbürokratisierung und die Beschleunigung von Genehmigungsprozessen.

Auch eine innovative und klimafreundliche Stadt kann im globalen Maßstab nur einen sehr kleinen Beitrag dazu leisten, die Klimaziele zu erreichen. Wir stehen daher in der Verantwortung, uns über die Grenzen Hamburgs hinaus zu engagieren. Zu diesem Zweck unterstützen wir einen möglichst umfassenden europäischen und globalen Emissionshandel für Treibhausgase und treten dafür ein, dass möglichst große zusammenhängende Lebensräume unter Schutz gestellt werden, um Artenvielfalt zu fördern. Wir wollen Hamburgs Natur- und Landschaftsschutzgebiete schützen und sehen sie nicht als Wohnungsbaupotenziale.

Wir begrüßen europäische Gesetzesinitiativen zum Schutz von Umwelt und Klima und stehen klar zum 1,5-Grad-Ziel, zu dem wir unseren Anteil beitragen wollen. Wir setzen uns dafür ein, dies vor allem durch die Entwicklung neuer, innovativer, nachhaltiger, klima- und umweltfreundlicher Technologien zu fördern, statt individuelle Freiheiten zu beschränken. Wir setzen sowohl auf unterschiedliche Energie- und Antriebsarten als auch auf gut und einfach integrierbare Konzepte zur Energieeffizienz, Energiespeicherung, auf Verfahren der Kreislaufwirtschaft und die Nutzung von Technologien zum Abscheiden von CO₂ bereits im Produktionsprozess, CO₂-Abscheidung und -Speicherung (Carbon Capture and Storage) sowie CO₂-Recycling.

Bei allen Maßnahmen zur Vermeidung von weiteren Schäden ist uns bewusst, dass manche der bisherigen Veränderungen nicht umkehrbar sind. Wir sind deshalb in der Pflicht, Lösungen und Wege für den Umgang mit den Folgen von Umweltzerstörung und Klimawandel zu finden und diese bedacht und verantwortungsvoll umzusetzen.

3.3 Wissenschaft und Forschung

Eine Metropole wie Hamburg kann auf Dauer nur erfolgreich sein, wenn sie mehr in Wissenschaft und Forschung investiert. Hamburg braucht Spitzenforschung und herausragende Wissenschaftseinrichtungen, um unseren Wohlstand auch in Zukunft zu sichern.

Wir wollen daher die Metropolregion Hamburg und in ihrem Kern die Freie und Hansestadt Hamburg zum führenden Wissenschaftsstandort im Norden Europas entwickeln. Die Innovationspotenziale im Zusammenspiel von Wirtschaft und Wissenschaft in einer global vernetzten Welt sind am traditionellen Hafen- und Handelsstandort Hamburg mit starken internationalen Beziehungen vorhanden – wir wollen sie erschließen. Der Standort Hamburg ist ideal dafür geeignet, dass Wissenschaft, Großunternehmen, Mittelständler und Start-ups in den Zukunftsclustern zusammenarbeiten. Dazu gehören Investitionen in Grundlagen- und Spitzenforschung, eine deutliche Ausdünnung der Bürokratie und eine steuerliche Entlastung für Unternehmen, die in Grundlagenforschung investieren, aus der keine kurzfristigen Profite zu erwarten sind. Netzwerke, die auf diese Weise entstehen, beflügeln Pioniergeist und ermöglichen Innovationen, die den Wohlstand von morgen schaffen.

Wir streben eine gute Balance aller Wissenschaftszweige an, um die Zukunft positiv zu gestalten und weiterzuentwickeln. Eine besondere Rolle kommt dabei den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) zu, die die Grundlage für die technologische Forschung und Entwicklung bilden, um den Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähig zu halten und für die Herausforderungen der Zukunft technische Lösungen entwickeln zu können.

Der Wissenstransfer zwischen Wirtschaft, Hochschulen und Universitäten sowie Forschungseinrichtungen muss intensiviert werden. Vor allem die Zusammenarbeit mit kleinen und mittelständischen Unternehmen der Metropolregion verdient Beachtung und bedarf schlanker Förderprozesse und -regularien sowie politischer Unterstützung. Hamburg muss Ausgliederungen kluger Ideen und Geschäftsmodelle von der Hochschule in die Wirtschaft fördern. Dabei nehmen wir auch die privaten Hochschulen und Universitäten mit in den Blick und binden sie konzeptionell ein. Wir fördern die Kooperation zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Schulen, um junge Menschen für Wirtschaft und Wissenschaft zu begeistern und Übergänge zu vereinfachen.

Wir setzen uns für eine stärkere Internationalisierung des Forschungs- und Wissenschaftsstandortes Hamburg ein. Bestehende Partnerschaften in Lehre und Forschung wollen wir intensivieren. Auch hier bedarf es schlanker Verwaltungsprozesse, um den Austausch von Wissenschaftlern aus und nach Hamburg zu fördern.

Der Wissenschaftsstandort braucht eine entsprechend starke Infrastruktur, um seinem Auftrag gerecht zu werden. Die staatlichen Universitäten und Hochschulen müssen solide und auskömmlich finanziert sein. Dieses gilt sowohl für Personal- wie für Sachmittel und Investitionen, um Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die beste Umgebung für die Zukunftsentwicklung zu geben.

Wir bekennen uns klar zur Freiheit von Forschung und Lehre. Wir setzen uns für freie und kontroverse Debatten und den fairen Austausch von Argumenten basierend auf Fakten und wissenschaftlicher Evidenz ein. Wenn die freie Meinungsäußerung gefährdet ist, muss der Staat sie gewährleisten und durchsetzen.

4. Hamburg – eine sichere Metropole und Heimathafen für Menschen aus aller Welt

4.1 Sicherheit

Die CDU ist und bleibt die Partei der inneren Sicherheit in Hamburg. Ein Leben in Freiheit ist nur dann möglich, wenn wir sicher leben können. Die Gewährleistung der Sicherheit ist Kernaufgabe des Staates. Unser Anspruch ist, dass alle Menschen in Hamburg bestmöglich vor Straftaten geschützt werden: Wir wollen Hamburg zur sichersten Großstadt Deutschlands machen. Niemand steht über dem Gesetz, auch nicht aufgrund seiner politischen oder religiösen Haltung. Es darf keine rechtsfreien Räume geben und kein Zurückweichen des Staates vor Straftätern. Die Strafe muss stets auf dem Fuße folgen und nicht um Jahre verzögert werden, weil Gerichte und Staatsanwaltschaften überlastet sind. Dieser Anspruch gilt für uns in der analogen wie in der digitalen Welt gleichermaßen.

Eine gute Lebensqualität in Hamburg setzt voraus, dass die Menschen sich sicher fühlen können. Dafür braucht es eine starke und sichtbare Polizeipräsenz vor Ort, aber auch gut beleuchtete Straßen und Parkanlagen sowie gezielte Videoüberwachung an Kriminalitätshotspots. Wir stehen für einen starken und wehrhaften Staat, in dem Polizei, Feuerwehr, Justiz, Bundeswehr, Verfassungsschutz und die zivilen Katastrophenschutzorganisationen uneingeschränkte politische Rückendeckung genießen. Wir stehen für eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Clankriminalität und andere Formen der Organisierten Kriminalität.

Wir stehen fest an der Seite von Feuerwehr und Polizei in Hamburg. Sie sind Partner und Helfer. Die Polizei begibt sich für die Sicherheit der Bürger Tag für Tag in Gefahr. Dafür gebührt ihr Respekt, Anerkennung und Vertrauen. Wer Misstrauen gegen die Polizei sät, legt die Axt an unseren Rechtsstaat und wird mehr Kriminalität, wachsenden Extremismus und eine zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft ernten.

Wir wollen sicherstellen, dass für Polizei und Feuerwehr ausreichend Personal und die beste Ausrüstung zur Verfügung stehen. An der Sicherheit darf auch in schlechten Zeiten nicht gespart werden. Mit Blick auf die demografische Entwicklung muss der Staat dafür Sorge tragen, dass Polizei und Feuerwehr attraktive Arbeitgeber für junge Menschen bleiben. Wir schätzen die Arbeit der Feuerwehren bei der Brandbekämpfung und im Rettungsdienst und setzen uns dafür ein, dass die Rettungskräfte mit modernstem Gerät und bestmöglicher Ausrüstung in der ganzen Stadt immer schnell am Ziel sind, um Leib und Leben der Menschen retten zu können.

Polizei wie Verfassungsschutz müssen mit den rechtlichen Befugnissen ausgestattet sein, die sie für ihre Arbeit und die Verteidigung unserer Demokratie benötigen. Die Daten der Bürger müssen vor

willkürlichen Zugriffen des Staates geschützt sein. Datenschutz darf jedoch nicht zum Täterschutz werden und die Arbeit der Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden unverhältnismäßig behindern.

Ebenso essenziell für einen starken Rechtsstaat ist eine unabhängige und leistungsfähige Justiz, die ihre gesetzlichen Aufgaben umfassend erfüllen kann. Wir wollen, dass Staatsanwaltschaften und Gerichte personell und materiell so ausgestattet sind, dass alle Verfahren zügig und rechtssicher durchgeführt werden können. Die Gerechtigkeit darf nicht aufgrund von Verfahrenseinstellungen, die aus dauerhafter Überlastung der Justiz resultieren, auf der Strecke bleiben. Jede Straftat muss konsequent geahndet und jeder Prozess zeitnah nach einer Straftat begonnen werden. Für den Rechtsfrieden und das Vertrauen in unseren Rechtsstaat ist es von großer Bedeutung, dass die Justiz nicht davor zurückschreckt, den bestehenden Strafraumen auszuschöpfen und insbesondere Intensivtäter auch zu Freiheitsstrafen verurteilt werden. Straftäter und Extremisten ohne deutsche Staatsangehörigkeit müssen unsere Stadt verlassen und konsequent abgeschoben werden.

Jede Form des Extremismus lehnen wir ab. Sowohl politisch motivierte Extremisten von links und rechts als auch religiös motivierte Extremisten zielen darauf ab, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung abzuschaffen und durch eine Ordnung zu ersetzen, die ihren ideologischen Vorstellungen entspricht. Deshalb treten wir allen extremistischen Bedrohungen für unsere freiheitliche und offene Gesellschaft entschlossen entgegen. Das gilt für Rechtsextremismus und Rassismus, die unserem christlichen Menschenbild fundamental widersprechen und Gift für unsere offene, tolerante Stadt sind. Das gilt für den in Hamburg zunehmend gewaltbereiten Linksextremismus, dessen gefährliche Verharmlosung wir entschieden ablehnen. Und das gilt für den politischen Islamismus, der fundamentale Grundwerte wie Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit, Schutz von Minderheiten und den Vorrang unserer Gesetze vor religiösen Geboten ablehnt. Ein Staat, der es ernst meint mit Demokratie und Freiheit, darf nicht mit Vereinen und Organisationen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, zusammenarbeiten. Wir unterstützen den Verfassungsschutz als zentrales Frühwarnsystem zum Schutz vor extremistischen Entwicklungen.

Als Christdemokraten sind wir uns unserer historischen Verantwortung in besonderem Maße bewusst. Jüdisches Leben hat in Hamburg einen selbstverständlichen, festen Platz. Wir wollen, dass alle Jüdinnen und Juden jederzeit und überall unbesorgt und sicher in unserer Stadt leben können. Antisemitismus darf keine Chance in unserer Stadt haben.

Der Schutz unserer Demokratie ist aber nicht allein Aufgabe des Staates. Alle Hamburger sind gefordert, wenn es darum geht, ein Leben in Freiheit und Sicherheit zu verteidigen und Hass und Hetze die Stirn zu bieten.

Wir bekennen uns zur Bundeswehr und dem unverzichtbaren Beitrag für Frieden und Sicherheit, den unsere Soldaten leisten. Wir sind stolz darauf, dass Hamburg mit der Führungsakademie, der Bundeswehruniversität, dem Bundeswehrkrankenhaus und weiteren Einrichtungen ein führender Bundeswehrstandort in Deutschland ist. Wir verstehen uns als Partner der Bundeswehr, unterstützen die zivil-militärische Zusammenarbeit in Hamburg und treten für eine Bundeswehr ein, die ihren Platz sichtbar in der Mitte unserer Gesellschaft hat.

Angesichts zunehmender Bedrohungen und Gefahrenlagen, die nicht nur Folge militärischer Konflikte, sondern auch Resultat des Klimawandels sind, ist eine Stärkung des zivilen Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes dringend geboten. Hierbei wollen wir die Bezirke mehr einbinden und in ihrer Funktion stärken. Zur Vorbeugung von und schnelleren Reaktion in Krisenlagen bedarf es klarer Zuständigkeiten und Prozesse sowie einer intensiven Unterstützung und Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen, die mit ihren ehrenamtlich geprägten Strukturen im Rettungsdienst, in der Flüchtlingshilfe und im Katastrophenschutz enorm viel leisten und mehr Wertschätzung verdienen. Wir wollen sicherstellen, dass Hamburg auf Krisen gut vorbereitet ist und nicht nur reagiert.

4.2 Zuwanderung und Integration

Großstädte sind seit jeher Orte von Vielfalt und Unterschiedlichkeit. Das gilt insbesondere für Hamburg, das Tor zur Welt. Als weltoffene Hafen- und Handelsstadt ist Hamburg seit Jahrhunderten auch von Zuwanderung geprägt. In den letzten Jahrzehnten ist Hamburg sozial, kulturell und religiös vielfältiger geworden. Hamburg wächst und ist Heimat für alle hier lebenden Menschen. Das ist Chance und Herausforderung gleichermaßen. Auch hier gilt für uns, dass wir stets zuerst den Einzelnen in den Blick nehmen, unabhängig von Herkunft, Aussehen oder Religion. Wer Menschen diskriminiert, wird in uns einen entschlossenen politischen Gegner finden.

Unterschiedliche kulturelle oder soziale Milieus mischen sich auch in Großstädten wie Hamburg nur teilweise, manchmal über mehrere Generationen hinweg. Zunehmende Vielfalt braucht eine gemeinsame Basis. Die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist daher eine zentrale Herausforderung, in der alle Politikbereiche zusammenwirken. Versuchen, einzelne Gruppen gegeneinander in Stellung zu bringen oder politisch gegeneinander auszuspielen, werden wir uns stets entgegenstellen.

Bedrohten Menschen Schutz zu gewähren, gehört zu unserem Wertefundament. Der Schutz, den die Genfer Flüchtlingskonvention Menschen in Not gewährt, ist für uns nicht verhandelbar. Eine vernünftige Migrationspolitik begrüßt weder unreflektiert jede Form der ungesteuerten Zuwanderung, noch lehnt sie Zuwanderung pauschal ab. Unser migrationspolitischer Anspruch ist es, Weltoffenheit und Humanität mit den Interessen unserer Stadt und unseres Landes

zusammenzubringen. Zuwanderung muss deshalb staatlich gesteuert werden. Unsere Zuwanderungspolitik gewährt den Opfern echter politischer Verfolgung aus humanitärer Verpflichtung heraus Asyl und orientiert sich gleichzeitig an den Interessen unseres Landes.

Die Solidarität mit Schutzbedürftigen setzt für uns voraus, dass Einwanderung konsequent begrenzt und gesteuert und dass Missbrauch unserer Asyl- und Flüchtlingsregeln verhindert wird. Wir wollen Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Bedrohungen fliehen müssen, helfen, bieten aber keine Heimat für Kriminelle, Gefährder und Menschen, die unser friedliches Zusammenleben stören wollen.

Als Technologie- und Wirtschaftsstandort ist Hamburg besonders vom Fachkräftemangel betroffen. Qualifizierte Fachkräfte kommen jedoch zu häufig nicht nach Deutschland, da die Verfahren zu bürokratisch und kompliziert sind. Wir setzen uns für eine Beschleunigung und Vereinfachung der beruflichen Anerkennungsverfahren ein. Unser Anspruch ist, dass Hamburg im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe erfolgreich ist.

Die in Hamburg lebenden Migranten wollen wir besser in unsere Gesellschaft integrieren. Eine gerechte Verteilung der Unterbringung von Flüchtlingen in unserer Stadt bzw. in den Stadtteilen ist dafür von entscheidender Bedeutung. Integration ist für uns keine Einbahnstraße, sondern ein aktiver Vorgang, der sowohl die Zugewanderten als auch die Aufnahmegesellschaft fordert. Der Erwerb der deutschen Sprache und die berufliche Integration sind für uns hierfür die wichtigsten Bedingungen. Beides nach Kräften zu fördern, aber auch verpflichtend einzufordern, sehen wir als wichtigste staatliche Aufgabe in der Integrationspolitik.

Wo Parallelgesellschaften oder Parallelstrukturen zu staatlichen Institutionen geschaffen werden, muss der Staat aktiv werden. Das staatliche Gewaltmonopol ist für uns nicht verhandelbar. Zum Prinzip des Förderns und Forderns gehört für uns, bedingungslos einzufordern und durchzusetzen, dass unsere Grundwerte beachtet und unsere Gesetze eingehalten werden.

Mit unserem Asylsystem ist für uns die Durchsetzung der Ausreisepflicht fest verbunden. Nur so haben wir die Möglichkeit, denen zu helfen, die einen Anspruch auf unsere Hilfe haben, und nur so können wir die Aufnahmebereitschaft in unserer Stadt erhalten.

5. Hamburg – eine Wohn- und Verkehrsmetropole mit Qualität

5.1 Stadtentwicklung und Wohnen

Wir wollen die Stadtentwicklung an Lebens- und Wohnqualität sowie wirtschaftlichen Entwicklungspotenzialen und Nachhaltigkeit ausrichten. Wir setzen uns für eine lebenswerte Stadt ein, die ihre Chancen aus geografischer Lage, kaufmännischen Traditionen, aus Handel, Wissenschaft und Forschung nutzt, um auch langfristig ein attraktiver Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort zu bleiben. Wir wollen für Hamburg eine behutsame und nachhaltige Stadtentwicklung mit einer ortsangemessenen Nachverdichtung, die lebenswertes Wohnen sicherstellt.

Bei der Weiterentwicklung unserer Stadt setzen wir auf die effizientere Nutzung bereits versiegelter Flächen durch neue Nutzungskonzepte. Die Versiegelung zusätzlicher Grünflächen soll nur noch in gut begründeten Ausnahmefällen möglich sein, zusätzliche Versiegelungen setzen Ausgleichsmaßnahmen in der Nähe voraus. Mit dem Magistralenkonzept, das zusätzlichen Wohnungsbau an Hamburgs großen Hauptstraßen vorsieht und Lücken schließen will, sowie mit kreativer Bebauung bisher ungenutzter Flächen gerade auch im Umfeld von Schnellbahnhaltestellen mobilisieren wir mit Augenmaß nicht nur neue Baupotenziale, sondern ermöglichen mehr Vielfalt in der Nutzung und der architektonischen Gestaltung. Eine bessere Nutzung der Grundstücke und gleichzeitiger Lärmschutz für die dahinterliegenden Flächen sind die Folge.

Den jeweiligen Charakter der Hamburger Stadtteile wollen wir erhalten. Heimat und Identität sind auch Standortfaktoren. Dabei sollen für die einzelnen Stadtteile oder klar abgrenzbare Wohngebiete entsprechende Zentren geschaffen werden. In diesen Gebieten wollen wir Strukturen schaffen, die nach dem Prinzip der kurzen Wege eine eigenverantwortliche Organisation und Beteiligung der Bürger unterstützen. Gegenden mit Einfamilienhäusern und Doppelhausgebiete mit Gärten wollen wir in ihrem Charakter erhalten. Die Stadtteile am Stadtrand müssen gestärkt und viel besser an den öffentlichen Nahverkehr angeschlossen werden.

Jeder Hamburger hat grundsätzlich das Recht, frei zu entscheiden, wie er wohnen und leben möchte. Wir schreiben den Menschen nicht vor, wie sie leben sollen. Wir wollen, dass der Staat die Rahmenbedingung dafür schafft, dass jeder Bürger entsprechend seinen Einkommens- und Vermögensverhältnissen ein angemessenes Zuhause finden und sich auch leisten kann. Insbesondere setzen wir uns dafür ein, dass mehr familienfreundlichen Wohnungen in den unteren und mittleren Preissegmenten des Mietmarktes in Hamburg geschaffen werden. Wir wollen familien- und generationenfreundliche sowie abwechslungsreiche Quartiere mit zentralen Plätzen,

Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten, Spielplätzen und Nahversorgung. Kitas, Schulen, Feuerwehr und Polizeidienststellen müssen entsprechend dem Wachstum der Quartiere entwickelt werden, genauso die rechtzeitige Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, Parkmöglichkeiten und Radabstellplätze. Zu einer lebenswerten Stadt gehört für uns auch die altersgerechte Gestaltung der Quartiere und der barrierefreie Zugang zu Institutionen und Verkehrsträgern. Wir wollen daher die Barrierefreiheit in der gesamten Stadt deutlich verbessern. Die Beteiligung der Bürger vor Ort ist dabei unerlässlich. Fast 55 Prozent der Menschen in Hamburg leben allein. Dies kann mit sozialer Isolation und Einsamkeit einhergehen. Wir benötigen deshalb in den Quartieren Begegnungsangebote und eine aktive Politik zur Bekämpfung von Einsamkeit. Wir brauchen engagierte Menschen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und ihr Umfeld mitzugestalten.

Wir setzen uns für den Erhalt von Grünflächen ein. Bäume und Grünflächen sind von zentraler Bedeutung für die Lebensqualität in Hamburg und können helfen, den Folgen des Klimawandels zu begegnen, da sie zur Kühlung innerhalb der Stadt beitragen. Wir setzen uns daher für den Erhalt bestehender und die Anpflanzung neuer Bäume ein. Zu einer hohen Lebensqualität gehört es, dass Hamburgs öffentlicher Raum in allen Stadtteilen sauber und ordentlich ist. Auch gemessen an der Luftqualität soll Hamburg die sauberste Millionenstadt Deutschlands werden.

Wir wollen eine Hamburger Innenstadt, die alle Menschen in Hamburg als Herz ihrer Stadt begreifen und lieben und die auch für Besucher und Touristen attraktiv ist. Dabei muss auf sich veränderndes Einkaufsverhalten mit neuen Konzepten reagiert werden, die zum Besuch des Stadtzentrums anregen. Wir setzen uns für gezielte Entwicklungsprojekte in den Bereichen Wohnen, Kultur und Museen ein, die die Innenstadt zwischen Hauptbahnhof und Alster stärken. Zentral ist dabei ein signifikant höherer Anteil innerstädtischen Wohnens, um auch außerhalb der Geschäftszeiten eine lebendige Innenstadt erleben zu können. Darüber hinaus müssen dringend die historischen Achsen zwischen Innenstadt und HafenCity gestärkt werden, um für die Hamburger und alle Besucher die Zusammengehörigkeit der Stadtteile erlebbar zu machen.

Wir sehen unsere Stadt weiterhin als Standort für Industrie und Gewerbe. Wir sind deshalb bereit, auch künftig die dafür erforderlichen Flächen bereitzustellen. Werkstätten der Handwerker und Betriebe anderer Gewerbetreibender sehen wir unverändert nicht nur am Stadtrand, sondern auch im innerstädtischen Bereich. Wir sind uns bewusst, dass Hamburg einer der wenigen Wirtschaftsstandorte im Inland ist, die Industrieunternehmen mit einem entsprechenden Bedarf Flächen am seeschifftiefen Wasser anbieten können. Wir wollen diese Möglichkeit für Betriebsansiedlungen künftig stärker als bisher nutzen. Wir wollen Hamburg als Standort von Innovations- und Zukunftstechnologien stärken.

Hamburg ist mit seinem Umfeld eng verflochten. Täglich pendeln tausende Menschen zu ihren Arbeitsplätzen über die Landesgrenzen hinweg. Wir wollen unseren Blick deshalb verstärkt über die Grenzen unserer Stadt hinaus richten und die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn in der Metropolregion deutlich ausbauen. Wir betrachten die Metropolregion als einen gemeinsamen Raum, in dem eine abgestimmte Politik sowohl für unsere Stadt als auch für unsere Nachbarn von Vorteil ist. Eine abgestimmte, auf die gesamte Metropolregion ausgerichtete Politik führt zu deutlich besseren Aussichten auf wirtschaftliches Wachstum sowie die Sicherung von Arbeitsplätzen und des Wohlstands. Für die systematische Entwicklung von Wohnungsbau- und Gewerbeflächen in der Metropolregion ist eine gemeinsame Regionalplanung erforderlich. Dabei begegnen wir den Umlandgemeinden partnerschaftlich auf Augenhöhe. Die Eigentumsbildung, die für uns ein wichtiger Bestandteil privater Altersvorsorge ist, fällt insbesondere Familien und jüngeren Menschen aufgrund stetig steigender Immobilienpreise und Baukosten immer schwerer. Dem Aufbau von selbst genutztem Wohneigentum kommt in Hamburg eine besondere soziale Bedeutung zu, da es vor Altersarmut und Verdrängung schützt. Wir wollen es daher mehr Hamburgern ermöglichen, in ihren eigenen vier Wänden zu wohnen, und dies mit steuerlichen Entlastungen und der Bereitstellung von vergünstigtem Bauland unterstützen. Wir wollen die Grunderwerbssteuer beim Ersterwerb einer eigengenutzten Immobilie abschaffen.

Jedes Jahr sinkt die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen in unserer Stadt, während gleichzeitig die Zahl der Anspruchsberechtigten steigt. Wir setzen uns für mehr öffentlich geförderten Wohnraum ein, insbesondere um Familien und Arbeitskräfte in der Stadt zu halten.

Wohnungsbau muss insgesamt kreativer und lösungsorientierter sein: Dauerhaft leerstehende Büros und Gewerbeflächen sind zu Wohnungen umzubauen bzw. zu Wohnungsbauflächen umzuwidmen. Bei Gebäuden mit nur ein oder zwei Etagen sollten Aufstockungen für Wohnungen vorgenommen werden. Um weitere Versiegelung zu vermeiden, setzen wir dort, wo es in die Umgebung passt, auch auf das Bauen in die Höhe. Bebauungsplan- und Baugenehmigungsverfahren müssen vereinfacht und beschleunigt werden, ohne die notwendige Beteiligung der Bürger und der bezirklichen Gremien vor Ort auszuhebeln.

5.2 Mobilität und Infrastruktur

Wir stehen für eine ideologiefreie Verkehrspolitik: Öffentlicher Nahverkehr, Auto, Fahrrad oder zu Fuß – alles hat seine Berechtigung. Es geht nicht darum, auszugrenzen, sondern darum, kluge Lösungen für alle Verkehrsteilnehmer zu finden. Gegenseitige Rücksichtnahme ist eine unerlässliche Voraussetzung für ein funktionierendes Miteinander im Verkehr. Wir setzen uns daher für einen Verkehrsfrieden zwischen allen Verkehrsteilnehmern auf Hamburgs Straßen und eine pragmatische Verkehrspolitik ein.

Dabei sehen wir es nicht als staatliche Aufgabe, die Wahl des Verkehrsmittels vorzuschreiben. Wir setzen auf Anreize und Angebote statt Bevormundung und Verbote. Jeder Einzelne soll selbst entscheiden, wie er sich in Hamburg fortbewegen möchte. Der motorisierte Individualverkehr muss auch künftig seinen Platz in Hamburg haben und sich dabei am Bedarf der Bürger und nicht an den ideologischen Vorstellungen der Regierenden bemessen. Aus Sicherheitsgründen steht für uns fest: Radfahrer sollen nicht zusammen mit Lkw und Pkw auf den Straßen fahren, sondern eigene Infrastrukturen erhalten.

Wir setzen in Hamburg auch in Zukunft auf die Stärkung und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs als Rückgrat der Mobilität. Damit die Menschen auf den öffentlichen Nahverkehr umsteigen, muss er sicher, preiswert, zuverlässig und sauber sein – egal ob im Bus oder in der Bahn oder auch an den Haltestellen. Auch muss eine gute Anbindung über kostenfreie P+R- und B+R-Angebote sichergestellt sein. Ohne einen gezielten Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ist die Klimaneutralität nicht zu erreichen. Wesentlich sind dabei für uns leistungsfähige U- und S-Bahnen. Dort wo aus technischen, wirtschaftlichen, ökologischen oder zeitlichen Gründen eine Realisierung in absehbarer Zeit nicht möglich ist, sind wir offen für andere Lösungen.

Hamburgs öffentlichen Nahverkehr wollen wir durch eine Ringverbindung verbessern und damit den Hauptbahnhof entlasten sowie die Verbindungen zwischen den Stadtteilen untereinander optimieren. Mit einer zweiten Elbquerung per Schiene ermöglichen wir eine deutlich verbesserte Anbindung des Hamburger Südens.

Wir setzen uns für eine vorausschauende Verkehrspolitik ein, die Bauvorhaben verlässlich plant und koordiniert. Hamburg benötigt dafür einen aktuellen Generalverkehrsplan, der die Verkehrsbedürfnisse in der Stadt sowohl von Bürgern als auch von Gewerbe und durchfahrenden Verkehrsteilnehmern abbildet und realistische Planungen ermöglicht. Dabei müssen vor Beginn der jeweiligen Maßnahme die Auswirkungen auf den Verkehr während der Bauphase und nach der Fertigstellung klar sein und transparent gemacht werden.

Wir wollen, dass der Radverkehr in einer Großstadt wie Hamburg wo immer möglich auf eigenen, sicheren Fahrbahnen stattfindet. Der weitere Ausbau des Hamburger Radverkehrsnetzes muss größtmögliche Sicherheit bieten, insbesondere für Kinder, Jugendliche, ältere Menschen und Gelegenheitsradfahrer. Ihre Bedürfnisse müssen der Maßstab der Planung sein. Das gilt insbesondere für die Sicherung von Schulwegen.

Wir setzen uns für ein intelligentes Verkehrsleitsystem und intelligente Ampeln ein, um die Kapazität des begrenzten Verkehrsraums optimal auszunutzen, Staus zu reduzieren und den CO₂-Ausstoß zu verringern. Für eine Handelsmetropole wie Hamburg sind leistungsfähige Hauptstraßen ein wesentlicher Standortfaktor. Wir wollen die Leistungsfähigkeit dieser zentralen Verkehrsadern

dauerhaft für Berufstätige und den Wirtschaftsverkehr erhalten und lehnen Fahrspurverringern auf den Hauptstraßen ab. Gleichzeitig fahren noch immer zu viele Fahrzeuge durch Hamburg, die gar nicht nach Hamburg wollen. Wie setzen uns deshalb weiterhin dafür ein, dass die seit Jahrzehnten geplanten Umgehungsrouen realisiert werden.

Tiefgaragen und Quartiersgaragen sind für uns eine Chance für die Stadtentwicklung. Wir lehnen die Verdrängung des motorisierten Individualverkehrs ab und setzen uns dafür ein, Parkplätze in den Stadtteilen und der Innenstadt zu erhalten und in Neubaugebieten zu schaffen. Dies sollte, soweit es vor Ort möglich ist, am besten unterirdisch geschehen, um oberirdisch mehr Platz für breitere Fußwege, Fahrradwege und Grünstreifen zu schaffen.

Wir setzen uns für den Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität ein. Dieser Ausbau setzt allerdings eine Ertüchtigung des Stromnetzes der ganzen Stadt voraus. Angesichts der erwarteten verstärkten Nutzung von Strom als Energieträger müssen der Ausbau und die Ertüchtigung des Stromnetzes unverzüglich in Angriff genommen werden.

Unser Flughafen hat auch zukünftig eine wichtige Funktion für Hamburg und die gesamte Metropolregion. Wir stehen zu einem wirtschaftlichen, innenstadtnahen Hamburger Flughafen. Notwendige Investitionen in die Sicherheit, Modernisierung und Nachhaltigkeit der Infrastruktur und des Flughafenbetriebs müssen laufend getätigt und von der Stadt unterstützt werden.

6. Hamburg – eine Bildungs- und Familienmetropole, die auf sozialen Ausgleich setzt

6.1 Gesellschaftliche Solidarität

In der Nachkriegszeit hat die CDU mit Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft durchgesetzt und damit ein Erfolgsmodell begründet, von dem unser Land und die Handels- und Wirtschaftsstadt Hamburg in besonderem Maße bis heute profitieren. Sozialistische und andere planwirtschaftliche Ansätze lehnen wir ebenso ab wie einen ungezügelten Kapitalismus.

In diesem Rahmen bedeutet Solidarität für uns, Leistungsfähige möglichst wenig einzuschränken und Schwachen dort zu helfen, wo sie Unterstützung benötigen. Dabei ist nicht immer zuerst der Staat gefragt. Hamburg ist seit jeher eine Stadt von Menschen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen, sei es in Stiftungen, Vereinen, anderen Organisationen und Initiativen oder als Einzelpersonen. Diesen Gemeinsinn wollen wir stärken und fördern. Das eigenverantwortliche Engagement für die eigene Zukunft und für andere kommt für uns immer vor dem Ruf nach dem Staat. Wir wollen ein funktionales und effektives Gemeinwesen, in dem staatliche und nicht-staatliche Initiativen zusammenwirken und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Wir bekennen uns daher zu den selbstverwalteten sozialen Sicherungssystemen und wollen diese stärken.

Unser Ziel, jedem Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen, erfordert einen starken Sozialstaat. Staat und Wirtschaft sind kein Selbstzweck, sondern haben eine dienende Funktion gegenüber den Menschen. Die CDU steht für eine verlässliche soziale Absicherung aller Menschen. Dabei berufen wir uns auf die Aussagen der evangelischen Sozialethik und der katholischen Soziallehre. Wir folgen keiner Ideologie, sondern handeln mit konkreten Ansätzen der Sozialpolitik und sind den Menschen zugewandt. Den Sozialstaat wollen wir deshalb immer auf die Überwindung von Armut statt auf Abhängigkeit durch dauerhafte Versorgung ausrichten. Staat und Gesellschaft haben die Pflicht, Menschen zu fördern und ihnen Chancen zu geben, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen. Umverteilung wollen wir nicht nach dem Gießkannenprinzip vornehmen, sondern wir wollen zielgenau denen helfen, die wirklich Hilfe benötigen.

Wer hingegen betrügt oder die soziale Verantwortung anderer ausnutzt, stellt sich abseits unserer Solidargemeinschaft. Die wechselseitige Verantwortung innerhalb unserer Gesellschaft erfordert ein konsequentes Vorgehen gegen jede Form des Missbrauchs von Sozialleistungen und des Ausnutzens unseres Sozialstaats. Soziale Verantwortung und verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern bedingen einander im Sinne des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Hamburg ist seit jeher eine Stadt des sozialen, kulturellen, gemeinnützigen und gesellschaftlichen Engagements und des Ehrenamtes. In einer Großstadt wie Hamburg sind freiwilliges Engagement und Ehrenamt von unschätzbarem Wert für den Zusammenhalt. Ehrenamtliche Arbeit entlastet den Staat und schafft ein funktionierendes Gemeinwesen. Seit jeher setzen sich unzählige Menschen in unserer Stadt ehrenamtlich für andere ein. Dies macht Hamburg besser und verdient Anerkennung und Wertschätzung. Die Anerkennung und die Förderung ehrenamtlichen Engagements sind elementarer Bestandteil unserer Politik.

Solidarität und Nachhaltigkeit gelten für uns auch generationsübergreifend. Das bedeutet Respekt für die Lebensleistung der Älteren einerseits und vor der Zukunft der Jüngeren andererseits. Wer sein ganzes Leben hart gearbeitet hat, muss von seiner Rente leben können. Gleichzeitig müssen wir im Sinne der Generationengerechtigkeit dafür sorgen, dass zukünftige Generationen nicht mit immer neuen Rentenleistungen belastet werden. Wir wollen die Menschen dabei unterstützen, auch in eigener Verantwortung fürs Alter vorzusorgen.

6.2 Bildung

Wir wollen, dass jedes Kind in Hamburg unabhängig von Bildungsabschluss und Einkommen der Eltern, von Nationalität, Religion, Herkunft und anderen nicht beeinflussbaren Faktoren die Chance auf exzellente Bildung hat. Den individuellen Bedürfnissen des Einzelnen wird ein gegliedertes und an den Bedürfnissen der Schüler und ihrer Eltern ausgerichtetes Bildungswesen gerecht. Alle Schulformen müssen dabei eng miteinander kooperieren.

Berufliche und akademische Bildung genießen für uns die gleiche Wertschätzung. Lebenslanges Lernen eröffnet neue berufliche Möglichkeiten und Aufstiegschancen in jeder Lebensphase.

Gleiche Bildungschancen schaffen Teilhabe, ermöglichen Aufstieg durch Bildung, fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt, machen Hamburg stark im internationalen Wettbewerb und integrieren Menschen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund. Jedes Kind muss entsprechend seinen Begabungen gefördert werden, kein Kind darf zurückbleiben. Deshalb unterstützen und fordern wir die Bereitschaft zur Leistung für sich selbst und für die Gemeinschaft. Leistungsstarke Schüler müssen genauso entsprechend ihren individuellen Fähigkeiten gefördert werden wie leistungsschwache Schüler. Wir streben eine diagnosebasierte, passgenaue Förderung unserer Kinder und Jugendlichen in einem inklusiven und leistungsorientierten Bildungssystem an. Die Grundschulen haben die besondere Verantwortung, dass alle Kinder ausreichend lesen, schreiben und rechnen können, um die weiterführenden Schulen erfolgreich zu meistern. Wir wollen Kinder möglichst früh, zielgenau und bedarfsorientiert fördern. Dabei kommt der frühen Förderung in der Kita und der Grundschule eine besondere Bedeutung zu. Zur Vermeidung von

Brüchen in der Bildungsbiografie der Kinder beim Übergang von der Kita in die Grundschule wollen wir die Verzahnung der Bildungsangebote verstärken.

Schule ist mehr als Bildung. Kinder und Jugendliche verbringen viel Zeit in der Schule. Deshalb muss die Qualität des Miteinanders und der sozialen Betreuung an Schulen hohen Standards genügen. Schulen kooperieren mit Familien und unterstützen diese bei der Erfüllung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags.

Schulen geben Orientierung für ein Leben in der Gesellschaft von heute und morgen. Ein staatliches Bildungssystem soll die grundlegenden Werte unseres Grundgesetzes und unserer Gesellschaft vermitteln und eine positive Identifikation mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, der parlamentarischen Demokratie und den sie repräsentierenden Organen fördern. Wir wollen Teilhabe, Partizipation und Engagement für unsere Demokratie und unsere Stadt ermutigen und fördern. In einer digitalen und global vernetzten Welt kommt es auch auf die Vermittlung von Medienkompetenzen an.

Die deutsche Sprache ist gemeinsame Basis und wesentliche Voraussetzung für gemeinsames Lernen und gemeinsames Leben. Wir setzen uns daher für eine systematische frühkindliche Sprachförderung in Kita und Vorschule sowie darüber hinaus für unterstützende Maßnahmen zum Spracherwerb in allen Altersstufen ein. Die Muttersprache eines jeden Kindes erkennen wir als bedeutsam für seine Entwicklung und Identität an.

Das pädagogische Personal ist die zentrale Stütze unseres Bildungssystems. Wir müssen es stärken und attraktive Möglichkeiten der Weiterbildung und der persönlichen Weiterentwicklung anbieten. Um dem Mangel an pädagogischen Fachkräften entgegenzuwirken, braucht es gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen und die Vermeidung von Überlastungssituationen.

6.3 Familie

Ehe und Familie stehen zu Recht unter dem besonderen Schutz des Staates. Sie wollen wir als wichtigste, identitätsstiftende Institution unserer Gesellschaft bewahren und fördern. Familien mit Kindern bilden in besonderem Maße das Fundament des gesellschaftlichen Zusammenhalts über mehrere Generationen hinweg. Sie sind die Gesellschaft von morgen.

Kindererziehung ist vor allem Aufgabe und Verantwortung der Eltern. Dabei wollen wir Familien unterstützen, ohne sie zu bevormunden. Familien wissen selbst am besten, was sie brauchen. Wir wollen nicht mehr Staat, sondern wir wollen Wahlfreiheit, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung der Familien stärken.

Wir wollen die Familie wieder in den Mittelpunkt der politischen Diskussion stellen. An erster Stelle steht dabei für uns das Wohl der Kinder. Unser Ziel ist, dass Familien mehr Zeit füreinander haben und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Hamburg verbessert wird. Dafür braucht es eine hohe Qualität der Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder ebenso wie finanzielle Entlastungen für alle Familien. Das behördliche Handeln in Hamburg muss darauf ausgerichtet werden, finanzielle und bürokratische Belastungen von Familien zu reduzieren und sie in ihren individuellen Bedürfnissen zu unterstützen.

Alleinerziehende stehen vor besonderen Herausforderungen und sind besonders häufig von Armut betroffen. Alleinerziehende wollen wir in ihren besonderen Bedürfnissen daher stärker unterstützen.

Familien übernehmen generationsübergreifend in allen Lebenslagen Verantwortung füreinander. Dies gilt besonders in der Pflege. Familiäre und ehrenamtliche Pflege verdient daher die besondere Unterstützung des Staates. Diese wollen wir weiter fördern.

Kinder sind in Krisensituationen besonders verwundbar. Wenn Sorgeberechtigte mit der Erziehung überfordert sind oder Kindern in ihren Familien Gefahr droht, hat der Staat einen wichtigen Schutzauftrag. Wir sehen es als Aufgabe von Politik, bestmögliche Bedingungen für den Kinderschutz zu schaffen.

6.4 Gesundheit

Das Gesundheitssystem beruht auf dem Prinzip der Daseinsvorsorge unseres Staates und dient dem Menschen. Es ist geprägt von vielen unterschiedlichen Akteuren und Einrichtungen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der Kostenentwicklung braucht es mutige Weichenstellungen im Gesundheitswesen. Die Zukunftsfähigkeit unseres Gesundheitssystems muss über die Pandemie hinaus im Lichte der identifizierten Schwachstellen weiterentwickelt werden.

Wir wollen eine Gesundheitsversorgung in Hamburg, die sich an einer kompetenten, durchgehenden und abgestimmten Versorgung der Erkrankten orientiert – ambulant, klinisch, rehabilitativ und pflegerisch. Dazu gehört auch der wohnsitznahe Zugang zu ambulanter, zeitnahe medizinischer Versorgung; eine ausreichende Versorgung mit Ärzten in allen Stadtteilen ist dafür die Voraussetzung. Das solidarische Gesundheitswesen stellt ein lückenloses Versorgungsangebot von der Geburt bis zum würdevollen Tod sicher. Hochqualifizierte Fachkräfte, von der Hebamme bis zum Hospizbegleiter, leisten unschätzbare Arbeit für unsere Gemeinschaft. Ihre Anerkennung und Ausbildung sind uns ein besonderes Anliegen.

Die Gesundheitswirtschaft in Hamburg sehen wir als Wachstumstreiber und Jobmotor. Bei der Digitalisierung im Gesundheitswesen soll Hamburg eine Vorreiterrolle einnehmen. Wir wollen Hamburger Unternehmen und Neugründungen in diesem Bereich fördern. Hamburg muss seine Attraktivität als Forschungs-, Lehr- und Unternehmensstandort für das Gesundheitswesen, die Biotechnologie und die Medizintechnik verbessern. Die Standortvoraussetzungen müssen besser genutzt und die verschiedenen Akteure besser vernetzt werden.

Eine am Menschen orientierte Gesundheitsversorgung muss administrativ deutlich entlastet und digitaler vernetzt werden, damit Medizinerinnen und Mediziner sowie Pflegepersonal mehr Zeit für die eigentlichen Aufgaben am Menschen haben.

Die Corona-Pandemie hat Hamburg als Großstadt besonders betroffen. Die aus der Pandemie gewonnenen Erfahrungen sollen in einem hamburgweiten, aktuell gehaltenen Krisenmanagementplan systematisch erfasst werden, sodass das Hamburger Gesundheitswesen anpassungsfähig ist und sich gegenüber zukünftigen Krisen behaupten kann. Dazu zählen auch bereits erprobte innovative Strukturen und die Vernetzung aller Akteure, inklusive des Katastrophenschutzes. Weiterhin muss der Aufbau von rollierenden Lagerkapazitäten für persönliche Schutzausrüstungen sichergestellt werden. Dies muss sich auch auf die Raum- und Stadtplanung auswirken.

Gesundheitliche Aufklärung ist in einer Stadt, in der viele Menschen dicht gedrängt leben, besonders wichtig. Wir wollen, dass junge Menschen von Anfang an Gesundheitsprävention erlernen. Mit ganzheitlichen Jugendentwicklungs- und Präventionsmodellen, welche auch somatische und psychische Gesundheitsthemen umfassen, sollen auch junge Erwachsenen über die Konsequenzen der Nutzung von Substanzen aller Art und Drogenmissbrauch umfassend aufgeklärt werden.

7. Hamburg – eine digitale, moderne und finanziell nachhaltige Metropole

7.1 Digitalisierung

Digitalisierung als Querschnittsthema über alle Bereiche der Gesellschaft ist der Schlüssel für Innovation, Effizienz und Wohlstand der Zukunft. Sie ist dabei Instrument und nicht das Ziel selbst. Wir sind aufgeschlossen für neue Techniken und neue Geschäftsmodelle. Gleichzeitig setzen wir darauf, bei der Digitalisierung niemanden zurückzulassen oder durch den mit der Digitalisierung verbundenen gesellschaftlichen Wandel von echter Teilhabe auszuschließen.

Voraussetzung für eine moderne, vernetzte Stadt ist die flächendeckende Erschließung mit Telekommunikationsnetzen aus Glasfaserkabeln für die Datenübertragung mit hohen und sehr hohen Bandbreiten sowie 5G. Dies ist für uns unverzichtbar, damit Hamburg als Wirtschaftsstandort dauerhaft erfolgreich bestehen kann. Digitalisierung darf nicht an der Infrastruktur scheitern.

Wir stehen der Nutzung von künstlicher Intelligenz offen gegenüber. Hierin liegen heute noch nicht vorstellbare Möglichkeiten und Lösungen für Herausforderungen der Zukunft und Innovationen für unsere Gesellschaft. Dazu braucht es einen sicheren und verlässlichen gesetzlichen Rahmen, um Datenschutz, Datensicherheit und Datennutzung in das richtige Verhältnis zu setzen. Datenschutz und Informationssicherheit dürfen nicht als Ballast und als Bremse für Innovation, sondern müssen vielmehr als Chance für Hamburg verstanden werden. Wir setzen uns für einen rechtlichen Rahmen auf europäischer und nationaler Ebene ein, der sie in eine gute Balance bringt, um den größtmöglichen Nutzen und die erforderliche Sicherheit in Einklang zu bringen.

Digitalisierung ist neben der erforderlichen Infrastruktur auch eine Bildungsaufgabe – über alle Altersgruppen hinweg. Nur so kann Hamburg digital in sämtlichen Bereichen der Wirtschaft, Verwaltung, Bildung, Gesundheit, Justiz und in anderen Bereichen erfolgreich sein.

7.2 Solide Finanzen für Hamburg

Wir stehen für eine nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik in Hamburg. Wir haben das seit 2013 gültige Schuldenverbot in die Landeshaushaltsordnung Hamburgs gegen den Widerstand aller anderen Parteien aufgenommen. Wir haben in unserer Regierungszeit als erstes Bundesland die „Doppik“ im Haushaltswesen vollständig eingeführt und dabei mit der Vorlage einer Konzernbilanz und der Einführung kaufmännischer Haushaltsplanung, -bewirtschaftung und -rechnung bundesweit Maßstäbe gesetzt hinsichtlich Transparenz bei Verschuldung und Vermögensverzehr der Stadt Hamburg.

Wir stehen für eine Haushalts- und Finanzpolitik, die den kurzfristigen politischen Erfolg nicht über die Chancen der Generationen von morgen und übermorgen stellt. Denn die Schulden von heute sind die Zinslasten von morgen. Jeder Euro, der für Zinsen aufgewendet werden muss, steht nicht für Investitionen in Bildung, Sicherheit, Verkehr oder für sozialen Ausgleich zur Verfügung. Unsere finanzpolitische Leitlinie ist und bleibt deshalb die „schwarze Null“, die eine Nettoneuverschuldung im Hamburger Haushalt grundsätzlich verbietet und Ausnahmen ausschließlich im Krisenfall ermöglicht. Nur eine solide Haushaltspolitik in wirtschaftlichen Normalzeiten ermöglicht umfassende Staatshilfen in Krisenzeiten. Auch die mittelbare Verschuldung über Schattenhaushalte öffentlicher Unternehmen lehnen wir ab.

Neue Staatsschulden sind im politischen Wettbewerb schnell als bequeme Finanzierungsmöglichkeit zur Hand. Dieser politischen Versuchung erliegen wir nicht. Allzu oft ist die Aufnahme von Schulden nichts anderes als das Unvermögen, politische Prioritäten zu setzen und sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen. Gezielte Förderpolitik kommt für uns immer vor einer Finanzpolitik mit der Gießkanne. Der Abbau überbordender Bürokratie durch Wegfall oder Vereinfachung von Hamburger Gesetzen und Verordnungen kann zu Einsparungen bei Personalausgaben im Haushalt führen und zugleich Kosten und Aufwand für Bürger und Unternehmen reduzieren.

Die Ausgabenpolitik unserer Stadt muss zielgerichtet und maßvoll sein. Wir stehen für eine wirtschaftliche und sparsame Haushaltsführung und eine genaue Prüfung aller Behördenausgaben. Wir stellen uns gegen eine Steuer- und Finanzpolitik, die immer neue Belastungen für Bürger und Unternehmen schafft. Jeder Euro, der die Staatskasse füllt, muss erst verdient werden. Unser Ziel ist es deshalb, die steuerliche Belastung von Bürgern und Betrieben zu senken. Wir glauben nicht, dass der Staat der bessere Unternehmer ist. Zugleich darf der Ehrliche nicht der Dumme sein. Deshalb treten wir Steuerbetrug entschieden entgegen und wollen ihn genauso wie Sozialmissbrauch noch wirksamer bekämpfen. Wir stehen für eine zukunftsorientierte Haushaltspolitik, die stark auf Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Klimaschutz setzt und die Instandhaltung städtischer Anlagen nicht vernachlässigt.

Im Sinne der Bürgernähe, klarer Verantwortlichkeiten und unter Wahrung der Einheitsgemeinde Hamburg treten wir ein für starke Bezirke mit starken Befugnissen zur Erfüllung ihrer kommunalen Aufgaben und befürworten eine größere finanzielle Autonomie der Bezirke.

Wir setzen insbesondere bei der Finanzierung großer städtischer Investitionsvorhaben auf neue Finanzierungskonzepte, die das Know-how und die Finanzkraft privater Unternehmen nutzbringend berücksichtigen. Dazu zählen öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP), aber auch Crowdfunding.

7.3 Kultur

Wir wollen Hamburg als kulturelles Zentrum im Norden erhalten und ausbauen. Eine attraktive Metropole braucht mehr und qualitativ hochwertigere Kultur. Mutige und innovative Leuchtturmprojekte wie die Elbphilharmonie sind genauso wichtig wie niedrigschwellige und vielfältige Kulturangebote in den Stadtteilen. Hamburg muss Kultur ermöglichen und nicht steuern.

Wir setzen uns für eine vielfältige, lebendige kulturelle Szene in Hamburg ein. Damit entwickeln sich ein innovatives Klima und eine Atmosphäre der Kreativität, die auf alle gesellschaftlichen Bereiche der Stadt ausstrahlen und zum Motor verschiedenster zukunftsorientierter Entwicklungen werden.

Kultur ist für uns immer mehr als Freizeitgestaltung. Kultur fördert die Integration, vermittelt Werte und erhöht die Bildung. Ohne Kultur entsteht keine Bildung, ohne Bildung wächst keine Kultur. Kulturelle Bildung ist unerlässlich, um dem Einzelnen zu helfen, seine Persönlichkeit zu entfalten und an Demokratie und Gesellschaft teilzuhaben. Insbesondere junge Menschen müssen frühzeitig an Kunst und Kultur herangeführt werden. Teilhabe an Kultur darf keine Frage des Geldes sein.

Wir bekennen uns zur Freiheit der Kunst. Politik ist nicht für die Kunst, ihre Ausdrucksformen oder Inhalte zuständig, wohl aber für die Bedingungen, unter denen Kunst und Kultur gedeihen können. Boykottaufrufe, Cancel Culture und jegliche Einschüchterungsversuche lehnen wir ab. Gleichwohl kennt auch die Kunstfreiheit ihre Grenzen, die es stets auszuhandeln gilt. Für uns zählen dabei immer die besseren Argumente, nicht Ressentiments oder Affekte. Wir setzen uns dafür ein, dass in unserer Gesellschaft Raum ist für freie und kontroverse Debatten und eine von Argumenten und Fakten getragene Streitkultur.

Wir wollen den Austausch mit allen in Hamburg vertretenen Religionsgruppen pflegen. Wir begrüßen und fördern den interreligiösen Dialog der Religionsgemeinschaften. Eine Zusammenarbeit der Stadt mit Vertretern von extremistischen Gruppen steht jedoch im Widerspruch zu unseren Grundwerten.

Insbesondere setzen wir uns für eine Stärkung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Hamburg ein. Dabei geht es nicht nur um Gedenkorte, die an die Verfolgung während des Nationalsozialismus erinnern, sondern auch um die vielfältigen Beiträge unserer jüdischen Mitbewohner in der Vergangenheit und heute.

Wir setzen uns dafür ein, dass Denkmäler zur Erinnerung an alle zentralen Geschehnisse der Hamburger Geschichte erhalten und gepflegt werden. Die Verbannung von Gedenkstätten aus der Kolonialzeit kann nicht im Sinne der Erinnerungskultur Hamburgs sein. Vielmehr muss auch über

die koloniale Geschichte Hamburgs aufgeklärt und zum Nachdenken angeregt werden. Wir setzen uns für eine stärkere Präsenz der Stadtgeschichte im öffentlichen Raum ein.

7.4 Moderner Staat, moderne Stadt

Wir stehen für eine bürgerfreundliche und leistungsfähige Verwaltung. Hamburg benötigt dafür eine effektive, effiziente und möglichst digitale Verwaltung, die auf das breite Spektrum der öffentlichen Aufgaben gut vorbereitet ist und die dafür erforderlichen Ressourcen, materiell wie personell, bereithält. Das setzt einen hoch motivierten, gut ausgebildeten Öffentlichen Dienst mit attraktiven Arbeitsbedingungen voraus. Angesichts des voranschreitenden Fachkräftemangels wollen wir, dass Hamburg als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion auf dem Arbeitsmarkt einnimmt.

Ein moderner Staat steht im Dienst der Menschen, der Wirtschaft und der Organisationen. Ihn zeichnet eine digitale, Daten nutzende und zukunftsorientierte Verwaltung aus, die den Rahmen setzt, ihn konsequent überwacht und Entwicklung darin frei, einfach und sicher ermöglicht. Dabei gilt es, ständig zu hinterfragen, ob der Staat eine Aufgabe tatsächlich wahrnehmen muss oder sie nicht im Sinne der Subsidiarität von Dritten besser durchgeführt werden kann.

Im 21. Jahrhundert erfordert ein moderner Staat zugleich einen digitalen Staat. Die moderne Stadt ist eine digitale Stadt. Voraussetzungen hierfür sind: Open Government, einfache, schnelle und vernetzte Informationen, Prozesse und Kommunikation mit allen staatlichen Ebenen, auch untereinander, klare, verständliche Zuständigkeiten und Transparenz staatlichen Handelns. Das gilt ebenso für qualifiziertes Personal, eine entsprechende Ausstattung mit kompatiblen und zuverlässigen Programmen und Netzwerken sowie einen effizienten Schutz gegen Cyberangriffe. Wir wollen, dass die bestehenden Verwaltungsprozesse nicht nur in digitale Formen übersetzt, sondern dass auch die Prozesse selbst modernisiert und die Möglichkeiten der Digitalisierung für Effizienz- und Effektivitätssteigerungen der Verwaltung genutzt werden. Wir wollen Behördengänge möglichst überflüssig machen und die Abwicklung aller öffentlichen Dienstleistungen für Bürger und Unternehmen beschleunigen und vereinfachen. Wo persönliche Gespräche im Bedarfsfall notwendig sind, müssen diese im Sinne der Bürgerfreundlichkeit auch weiterhin niedrigschwellig angeboten werden.

Planungs- und Genehmigungsverfahren dauern in Hamburg zu lange. Das gilt insbesondere für große Infrastrukturprojekte wie die Elbvertiefung, den Ausbau des Straßen- und Schienennetzes und der erneuerbaren Energien. Bei Infrastrukturprojekten vergehen von der Planung bis zum Baubeginn Jahre oder sogar Jahrzehnte. Wir wollen Planen und Bauen beschleunigen durch zügigere Verfahren, die Modernisierung von Beteiligungsverfahren und schnellere verwaltungsgerichtliche Verfahren bei Infrastrukturvorhaben. Hamburg muss die Vorteile der Digitalisierung nutzen, ausreichend Personal in den Planungs- und Genehmigungsbehörden einsetzen und die legitimen

Interessen der Bürger durch eine professionelle Verfahrenskommunikation frühzeitig berücksichtigen. Das Verbandsklagerecht in der jetzigen Form wollen wir dringend reformieren, damit es nicht zu „Dauerklagewellen“ kommt.

Dazu muss der Vorteil Hamburgs, das gemäß seiner Verfassung Einheitsgemeinde ist, konsequent genutzt werden. Das eröffnet die Chance, Aufgaben zentral und dezentral, effizient und effektiv zu organisieren. So kann maximale fachliche Kompetenz gebündelt und klar zugeordnet werden. So werden Abstimmungs- und Entscheidungszeiten verkürzt. Die Bezirke sind personell, finanziell und strukturell so auszustatten, dass sie ihre Aufgaben selbständig wahrnehmen können.

Eine Aushöhlung der bezirklichen Kompetenzen durch übergeordnete Verträge, Absprachen und Auslagerungen in private Rechtsformen lehnen wir ebenso wie eine übermäßige Inanspruchnahme des Evokationsrechtes ab.